

Zur aktuellen Debatte um einen EU-Militäreinsatz in der DR Kongo

Die EU-Militärmission im Kontext der aktuellen Situation in der DR Kongo

Ein Hintergrundpapier als Ergänzung zur Stellungnahme der pax-christi-Kommission „Solidarität mit Zentralafrika“ vom 22.3.2006 unter dem Titel „Langfristige Aufbauarbeit statt militärischem Aktionismus“

Seit Jahren bemühen sich entwicklungs- und friedenspolitisch engagierte Organisationen in Deutschland, auf das ungeheure Leiden der Bevölkerung der Demokratischen Republik Kongo aufmerksam zu machen. Mit mäßigem Erfolg. Vier Millionen Tote infolge von Konflikt und Krieg, Millionen von Binnenflüchtlingen, rücksichtslose Plünderung der natürlichen Ressourcen durch Warlords, Zusammenbruch des öffentlichen Gesundheits- und Schulsystems, ein Staat im Zerfallszustand – die Wiederkehr der Anarchie: All dies reicht in den hiesigen Medien nicht an den Nachrichtenwert einer Gruselmeldung über Fälle von Kannibalismus heran.

Mehr als Mitleid

Dabei geht es nicht nur um Mitleid mit den Menschen in einem scheinbar fernen Land, denn die komplizierte Gemengelage von Konfliktursachen und Konfliktfolgen ist nicht nur hausgemacht. Im Hintergrund steht eine ultrabrutale frühe Kolonialgeschichte, in der der belgische Monarch Leopold II den „Freistaat Kongo“ rücksichtslos ausplündern ließ. In gewisser Weise imitierte dessen Herrschaftsstil der 1997 gestürzte pro-westliche Diktator Mobutu Sese Seko. Übernahme internationaler Verantwortung ist vor allem erforderlich angesichts einer Kriegsökonomie, die den Rohstoffreichtum nicht in Wert schöpfende Investitionen, sondern über den Verkauf auf dem globalisierten Markt in die Barkassen der Kriegsgewinnler einfließen lässt – und damit zuletzt in die internationalen Finanzmärkte einspeist oder direkt in Waffenkäufe zu Absicherung der eigenen Hausmacht umsetzt.

Die Beteiligten an der schwerfälligen Übergangsregierung, die im Juli 2003 nach langem hin und her zusammengetreten ist und vertragsgemäß allerspätestens bis 30.6.2006 Parlaments- und Präsidentenwahlen durchführen lassen muss, gehören weitgehend zu den Kriegsprofiteuren. Viele von ihnen sind tief in den landesüblichen Sumpf von Korruption, kriegerische Aggression, Mord und Totschlag verwickelt. Trotzdem soll mit ihnen die Quadratur des Kreises gelingen, mittels demokratischer Wahlen dem Kongo eine tragfähige Regierung zu geben, mit der die enormen Aufgaben des Wiederaufbaus eines total maroden Staatswesens in Angriff genommen werden sollen.

Dies ist die Ausgangssituation für die derzeit in Deutschland laufende Debatte um das Für und Wider einer EU-Eingreiftruppe zur Sicherung von Ruhe und Ordnung in der Hauptstadt Kinshasa während der anstehenden Präsidenten- und Parlamentswahlen.

Wo steht die Übergangsregierung?

Die UN-Blauhelmtuppe MONUC ist zwar inzwischen mit fast 17.000 Mann die größte UN-Mission weltweit. Nachdem sie vor einigen Jahren als reine Beobachtertruppe ins Land gekommen war, nimmt sie inzwischen ein robusteres Mandat nach Abschnitt VII der UN-Charta wahr.

Doch der Kongo, der nach dem Roman von Joseph Conrad das Klischee „Herz der Finsternis“ nicht mehr loswird, ist ein Land von 55 Millionen Menschen auf einem Territorium von der mehr als sechsfachen Größe Deutschlands. Ein Land mit total zerrütteten Institutionen, mit einer maroden Infrastruktur, mit einer total verarmten Bevölkerung. Ein zerfallener Staat mit einer Armee und Polizei, die sich mit oder ohne Uniform oft nicht anders verhalten als gemeine Banditen. Vielerorts haben die Kirchen Aufgaben übernommen, die eigentlich in den staatlichen Pflichtenkatalog gehören: Schule und Ausbildung, Gesundheit, humanitäre Hilfe, Konflikttransformation. Bischöfe sind auch für säkulare ausländische Geberinstitutionen oft wichtigere Ansprechpartner als politische Funktionsträger.

Aus dem Ziel der Übergangsregierung, aus den 300.000 Bewaffneten der verschiedenen Kriegsparteien eine neue nationale Armee von 100.000 Mann zu schweißen und die übrigen Kämpfer – darunter 45.000 Kindersoldaten – zu demilitarisieren, ist bisher noch nicht viel geworden - außer einigen mehr schlecht als recht funktionierenden Demilitarisierungscamps und wenigen international betreuten Bataillonen der geplanten neuen Armee. Bei der jüngsten Offensive dieser neuen nationalen Armee im Osten sollen allerdings 30 Prozent der Soldaten zu den gegnerischen Milizen übergelaufen sein. Doch der größte Teil der neuen Armee besteht einfach aus den alten Privatarmeen der früheren Gegner, die sich auch weiterhin misstrauen und auch gegeneinander losschlagen, wenn sie ihre Interessen gefährdet sehen.

Trotz dieser katastrophalen Rahmenbedingungen war das Verfassungsreferendum im Dezember 2005 ein überraschender Erfolg. Das Volk hat die neue Verfassung im Plebiszitverfahren angenommen. Beobachter werten diesen ersten Durchgang als Probelauf – denn nun richten sich alle Augen auf den ersten Wahlgang für Präsident und Parlament und die bei unklaren Mehrheitsverhältnissen notwendige Stichwahl. Vor wenigen Tagen hat der Präsident der Übergangsregierung mit erheblicher Verspätung das Wahlgesetz unterschrieben. Derzeit ist von einem Termin 18.6. für den ersten Wahlgang die Rede, das endgültige Ergebnis soll am 14. Juli verkündet werden, nach der offiziellen Amtszeit der Übergangsregierung.

Wahlen!

Zweifellos will das Volk diese Wahlen haben, und zwar in Form von freien Wahlen ohne Manipulation der Ergebnisse: Die jahrzehntelange Diktatur Mobutu Sese Sekos, Krieg und Chaos haben dieses essentielle Bedürfnis der Bevölkerung wach

gehalten. Und auch die internationale Gemeinschaft macht deutlich, dass sie unter allen Umständen diese Wahlen haben will.

Die Erwartungen sind hochgeschraubt. Werden die unterlegenen Gegner aufrechten Gangs Oppositionspolitik betreiben oder werden sie das Ergebnis anfechten? Wird die Übergangsregierung widerstandslos abtreten, wenn sie unterliegt? Wie wird das Volk, wie werden die Politiker auf die Ergebnisse auf die ersten Wahlen seit Menschengedenken reagieren? Ist ein neuer Bürgerkrieg zu befürchten?

Als von Seiten der Vereinten Nationen die EU wegen eines Militäraufgebots angefragt wurde, schien der Sieg des derzeitigen Präsidenten der Übergangsregierung fraglich. Denn Joseph Kabila hat sich eine 16.000 Mann starke Präsidialgarde aufgebaut, die er sich mit erheblichem finanziellem Aufwand bei Laune halten muss. Wie es heute jedoch aussieht, braucht sich Kabila jun. um den Wahlsieg keine großen Sorgen mehr zu machen. Angesichts des auseinanderdriftenden Parteien- und Kandidatenspektrums mangelt es an echten Herausforderern. Ob die neue Regierung damit besser legitimiert ist als die derzeitige Übergangsregierung, bleibt somit unsicher.

Sicherheitsorgen

Trotzdem macht sich die MONUC weiterhin ernsthafte Sorgen um die Sicherheit in Kinshasa, am Sitz der Regierung. Da sich der Weltsicherheitsrat nicht zu einer weiteren Aufstockung der MONUC-Truppenstärke entschließen konnte, soll die EU eintreten, die sich bei der deutsch-französischen Operation Artémis in Ituri 2003 mit ihrer Eingreiftruppe in einer genozidartigen Situation einen guten Ruf erworben hat. Doch war die Operation Artémis wirklich eine Erfolgsgeschichte, wie ihre Verteidiger behaupten? Die Sicherheitslage in der Stadt Bunia hat sich zwar verbessert, doch auf dem Lande in der Ituri-Provinz sind Vertreibung und Krieg nach wie vor an der Tagesordnung. Die Effektivität der Demobilisierung von 15.000 Milizionären in Ituri bleibt fraglich. Es bleibt ein dauerhafter Skandal, dass der Waffenschmuggel von Uganda und Ruanda aus nach wie vor auf den bewährten Pfaden zu florieren scheint – das UN-Embargo für Waffenimporte wird nicht durchgesetzt.

Die Überstellung des Milizenführers Thomas Lubanga an den Internationalen Strafgerichtshof – eine Aktion von hohem Symbolwert für die Aufarbeitung der Straflosigkeit für die ganze Region – setzt hier eine sehr viel wichtigere Wegmarke. Hier wird nach dem Arusha-Tribunal für Ruanda zum ersten Mal deutlich, dass die internationale Gemeinschaft durchaus politischen Willen zu einer zivilen Intervention aufbringt, um die Straflosigkeit für schwere Menschenrechtsverbrechen in der Region zu bestrafen.

Stehen diese Bemühungen in einem komplementären Verhältnis zu dem geplanten Militäreinsatz in Kinshasa? Gewiss, es ist bemerkenswert, wie aus dem Kongo die Erwartung nach dem verstärkten internationalen Einsatz von Ordnungstruppen immer wieder an internationale Akteure herangetragen wird – selbst von zivilgesellschaftlichen Akteuren, Bischöfen, Menschenrechts- und Friedensaktivisten. Die Frage des Mandats erscheint von hier aus unbedeutend, ja kleinlich. Doch es gibt auch Gegenstimmen, die vor einem neuen Kolonialismus warnen und Burundi und Liberia für den Kongo als Beispiele für gelungene Beispiele internationaler

Intervention nicht gelten lassen. Und die EU selbst ist kaum in der Lage, ein Eingreifkonzept mit nachprüfbaren Zielen vorzulegen.

Selbst der Leiter der unabhängigen Wahlkommission (CEI), Appollinaire Malu-Malu, ließ bei einer Veranstaltung des Ökumenischen Netzes Zentralafrika (ÖNZ) Anfang Februar in Berlin wissen, die Wahl nur einer unter anderen Aktionsfeldern, die dringend bearbeitet werden müssen. Selbst der Außenminister der Übergangsregierung Raymond Ramazani Baya lehnte die EU-Mission ebenso wie Malu-Malu nicht ab, gab aber bei einer Tagung der Stiftung Wissenschaft und Politik zu bedenken, dass in Kinshasa nicht der fatale Eindruck entstehen dürfe, dass die EU ihren Kandidaten für das Präsidentschaftamt militärisch sichert. Außerdem seien die Probleme in den Kasai-Provinzen, wo praktisch auch keine Blauhelmsoldaten zur Verfügung stehen, sehr viel gravierender. Die wichtigste zivile Oppositionspartei UDPS hat denn auch vor einem EU-Einsatz zur Sicherung der Kabila-Herrschaft eindringlich gewarnt.

Darüber hinaus besteht die große Gefahr, dass für die internationale Gemeinschaft die Durchführung der Wahlen zum Selbstzweck wird – zum „Licht am Ende des Tunnels“ (Albrecht Conze, Leiter der politischen Abteilung der MONUC) ohne Ansehen der Zeit danach. Die MONUC und das Internationale Komitee zur Begleitung der Übergangsregierung (CIAT) richten einen Großteil ihrer Aufmerksamkeit auf die geplanten Wahlen, die - unter internationaler Aufsicht vorbereitet, durchgeführt und ausgewertet - zu einem Ende der Legitimitätskrise und zu einer handlungsfähigen Regierung führen sollen. Diese Wahlen drohen aber auch zum Schlussstrich unter das zunehmende Engagement der internationalen Gemeinschaft im Kongo zu werden. Nach den Wahlen wird die MONUC mit Sicherheit, so Albrecht Conze in Berlin, redimensioniert und mit einem neuen, und wohl passiveren Mandat versehen. Der Kongo ist schon heute wieder weit davon weg, ähnlich wie Ruanda und Uganda zum Schwerpunktland staatlicher Entwicklungszusammenarbeit zu werden als noch zu Beginn der Zeit der Übergangsregierung.

Nach den Wahlen ist vor den Wahlen?

Bei der ganzen Debatte um den EU-Einsatz im Kongo mit einem begrenzten Mandat im Kontext der Wahlen geht unter, dass auch bei der günstigsten Verlaufsvariante der Kongo und seine Regierung auch weiterhin nur mit Wasser kochen werden. Der kürzlich publik gewordene Lutundula-Bericht hat deutlich gemacht, dass die Ressourcenausbeutung und ihre rechtliche Situation völlig im Argen liegt und grundsätzlich von staatlicher Seite aus neu gestaltet werden müsste. Ein erster Weltbank-Großkredit für Infrastrukturmaßnahmen wurde nur zum geringsten Teil abgerufen, weil es an politischem Willen fehlt, antragsfähige Projekte zu portieren. Klar ist, dass der Wiederaufbau nur im Rahmen einer internationalen Aufbauagentur und im Rahmen einer mittel- und langfristigen angelegten Strategie funktionieren kann.

Dieser ökonomische Ansatz muss eingebettet werden in einen Kontext von Demokratieförderung, Justizaufbau, Bekämpfung der Straflosigkeit und vor allem des Menschenrechtsschutzes, der Konflikttransformation und der Versöhnung. Auf allen diesen Gebieten ist der Kongo auf langfristige internationale Solidarität angewiesen, wie Vertreter der kongolesischen Zivilgesellschaft immer wieder deutlich machen. Besonders bedauerlich ist, dass über einen überbelegten Militäreinsatz intensiv

diskutiert wird, aber die im Vergleich dazu lächerlich billigen Projekte des Zivilen Friedensdienstes im Kongo seit spätestens 2003 wegen Budgetknappheit zurückgestellt wurden und erst jetzt 2006/07 (hoffentlich) wieder aufgegriffen werden.

Warum also wollen die EU-Staaten intervenieren? Für die MONUC, die im UN-Sicherheitsrat nicht die gewünschte Unterstützung gefunden haben? Für die Menschen im Kongo? Zur Stärkung der militärischen Interventionskapazität im Sinne der im EU-Verfassungsentwurf verankerten weltweiten militärischen Rolle der EU? Will die EU ihre im Aufbau befindlichen battle groups als Eckpfeilern ihrer Afrikapolitik einsetzen und eine dauerhafte Interventionsstrategie nicht nur für menschenrechtliche, sondern auch für politische Konflikte weiterentwickeln?

Fazit: Langfristiger Aufbau statt militärischem Aktionismus

Die aktuelle Debatte über einen EU-Militäreinsatz in der Demokratischen Republik Kongo lenkt die Aufmerksamkeit auf einen der schlimmsten Konflikte seit dem Zweiten Weltkrieg. Das dieses Konflikt in die deutschen Medien kommt, ist an sich schon einmal erfreulich. Seit Jahren haben sich entwicklungs- und friedenspolitisch engagierte Organisationen mit mäßigem Erfolg bemüht, in diesem Kontext internationale Verantwortung überhaupt zu thematisieren. Es geht um Solidarität, nicht um Mitleid. Das Problem der Debatte ist aber ihre verzerrte Perspektive: Die ungeheure Leidsituation eines ganzen Volkes wird auf die Fragestellung um das Für und Wider einer EU-Militärintervention eng geführt.

Die anstehenden Parlaments- und Präsidentenwahlen im Kongo sind wichtige Episoden auf dem mühsamen Weg des kriegsmüden Landes. Ob sie zu einer tragfähigen Regierung führen werden, hoffen wir zusammen mit den kongolesischen Partnerorganisationen im „pax christi Netzwerk Große Seen in Afrika“. Die von der Bundesregierung anvisierte Mission mit 200 deutschen Wahlbeobachtern ist hier angesichts des Aufwandes für die anvisierte Militärmission lächerlich niedrig angesetzt. Das von allen erhoffte Licht am Ende des Tunnels sind aber nicht die Wahlen als Selbstzweck, sondern Frieden, Gerechtigkeit und Entwicklung für die extrem leidgeprüfte Bevölkerung.

Diese Ziele einer nachhaltig angelegten Kongo-Solidarität sind durch den derzeit anvisierten zeitlich befristeten EU-Militäreinsatz unter deutscher Führung nicht zu ersetzen. Im Gegenteil: Sie drohen, konterkariert zu werden. Es besteht akute Gefahr, dass die Beschränkung auf quasi ordnungspolizeiliche Aufgaben sich als Illusion herausstellt. Verheerend wäre es vor allem, wenn sich das europäische Militärkontingent außerhalb der Blauhelmtuppe MONUC den Ruf der Parteinahme zuzieht. Immer weniger ist klar, um was es eigentlich geht: Gewährleistung von freien und fairen Wahlen? Sicherung von Recht und Ordnung? Militärische Einschüchterung angesichts möglicher Störmanöver der Präsidialgarde und der Milizen in der Hauptstadt? Schutz von UN-Soldaten, gar von internationalen Wahlbeobachtern? Evakuierung aller Ausländer im Bürgerkriegsfall?

Mehr als alles andere braucht das Land dringend eine internationale Aufbauagentur im Stil des Marshall-Plans mit einem langfristigen Mandat. Dazu gehören zunächst die entsprechenden festen Finanzausgaben der Geberländer. Es geht aber nicht nur um Finanzielles. Für Konflikttransformation gibt es kein Geheimrezept, doch wird auf diesem Gebiet bisher viel zu wenig Unterstützung von außen geleistet. Die

kongolesischen Partner machen immer wieder deutlich, wie wichtig es für sie ist, über den eigenen Tellerrand ihrer komplexen Konfliktszenarios hinauszuschauen und von Erfahrungen in der Versöhnungs- und Friedensarbeit in anderen Konfliktsituationen der Welt zu profitieren. pax christi bedauert insbesondere, dass für Projekte des Zivilen Friedensdienstes jahrelang zu wenig Geld da war. Chancen und Möglichkeiten der zivilen Konfliktintervention sind in den letzten Jahren systematisch vernachlässigt worden. Hier ist kontinuierliche und nachhaltige Arbeit erforderlich.

Ob man will oder nicht: Der teure militärische Aktionismus ehemaliger Kolonialmächte ist so oder so Bestandteil der im Aufbau begriffenen militärischen EU-Interventionsstrategie, auch wenn er von manchen aus der Eine-Welt-Szene in Deutschland und auch aus dem Kongo selbst als Zeichen der Solidarität eingefordert wird. Es stellen sich – über den Kongo hinaus – aber auch grundsätzlichere Fragen. Der Umgang der Staatengemeinschaft mit fragilen Staaten und Staatszerfall stellt sich immer mehr als Schlüsselproblem internationaler Sicherheits- und Entwicklungspolitik heraus. Hier müssen dringend Methoden der zivilen Konfliktprävention und –intervention entwickelt und implementiert werden. Rein reaktive militärische ad-hoc-Strategien führen in die Sackgasse – wenn man sich auch über die militärischen Bedenkenträger wundern muss, die Deutschland am Hindukusch, aber nicht in Kinshasa verteidigen wollen.

Der gesellschaftliche Ausgleich und die dringend erforderliche Versöhnung muss von der kongolesischen Bevölkerung mit ihrer lebendigen Zivilgesellschaft selbst vollzogen werden. Doch es bleibt skandalös, dass trotz dem vom UN-Sicherheitsrat ausgesprochenen Waffenembargo vor allem an der Grenze zu Uganda und Ruanda Waffenschmuggler und bewaffnete Rebellengruppierungen ins Land einsickern, dass die Warlords ihre Geschäfte problemlos über europäische Banken abwickeln und dass die reichen Ressourcen des Kongo ungehindert zur Fortsetzung von Leid und kriegerischem Konflikt führen.

Die Bevölkerung hat von den Reichtümern des Landes mehr Schaden als Nutzen. Insbesondere auf dem Gebiet der Rohstoffökonomie muss die internationale Gemeinschaft, deren Endverbraucher an der kriminellen Abschöpfung der Rohstoffe indirekt beteiligt sind, mit Geduld und Sachverstand auf eine Kehrtwende hinarbeiten. Es besteht die Gefahr, dass die Initiative für einen spektakulären Militäreinsatz den Blick auf diese strukturellen Konfliktursachen verstellt. Wichtig ist vor allem die notwendige unbedingte Selbstverpflichtung Deutschlands und der EU vereint mit den Vereinten Nationen für ein langfristiges solidarisches Engagement in der Partnerschaft mit der Demokratischen Republik Kongo.

Bad Vilbel, 22.3.2006